Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrag-gebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 116. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch den 20 Mai 1925

Parteibildungen.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Das deutsche Parteileben in der Gegenwart befindet sich in einem Stadium innerer Unklarheit, die von Wahl zu Wahl wächst und in einem unaufhörlichen Hinüberwechseln selbst prominenter Mitglieder einer Partei zu einer anderen ihren Ausdruck findet. Früher, selbst in den Zeiten des Krieges ist das undenkbar gewesen; als einziges Beispiel kann hier nur jene Sezession angeführt werden, die zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei führte. Der ganze Druck, der auf dem deutschen innerpolitischen Leben lastet und der ergänzt wird durch die Zwangsläufigkeit, in der sich unsere Außenpolitik zu bewegen hat, führt allzu oft zu einem derartigen Abstand des erreichten oder erreichbaren von den wirklichen Zielen, daß dann leicht die Erbitterung über diesen Abstand im Parteiwechsel zum Ausdruck kommt. So bilden sich jene kleinen Parteien, deren erste 1920 die Bayerische Volkspartei war; dann folgte die Absprengung des kommunistischen Flügels. Die Nationalliberale Vereinigung stellte dann die Absonderung des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei dar, ist aber inzwischen ganz zur Deutschnationalen Volkspartei übergegangen.

Besonders sensationell haben aber immer die Austritte bekannter Männer des politischen Lebens aus der Demokratischen Partei gewirkt, die recht häufig gewesen sind. Aufsehenerregend war, daß die Sezessionisten dieser Partei eine lose Vereinigung gebildet haben, die sich als Liberale Vereinigung unter dem Vorsitze des früheren Ministers Schiffer bildete. Sie drängte zur Deutschen Volkspartei hinüber und auf einer Tagung, die Ende vergangener Woche stattgefunden hat, war dieses allmähliche Hinüberschwenken zu jener Partei schon daraus ersichtlich, daß der bekannte Volksparteiler Finanzminister a. D. von Richter auf der Tagung eine längere Rede hielt. In dieser Rede wies er darauf hin, daß das liberale Bürgertum parteipolitisch-parlamentarisch in einer Weise vernachlässigt werde, die aufs schärfste den großen im liberalen Bürgertum wohnenden kulturellen Kräften widerspreche. Aber er wies auch darauf hin, daß im Idealismus des deutschen Liberalismus auch ein großer Fehler liege, an dem das deutsche Volk überhaupt krankte, der Fehler nämlich, sich zu separieren, zu trennen von Andersdenkenden. An diesem unendlich wahren Wort ist das Beklagenswerteste, daß zwar jeder Deutsche die Wahrheit und Unrichtigkeit einsieht, daß aber trotzdem diese Einsicht in keiner Weise zur Besserung führt. Die Parteisplitter sind im Zeitalter der Demokratie, also in einer Zeit, wo die Mehrheit regiert und nur die Zahlen etwas bedeuten, von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt; aus dieser Erkenntnis aber die notwendigen Folgerungen zu ziehen, daran denkt man kaum. Zurzeit machen sich aber auch sehr energische Strömungen bemerkbar, die im Hinblick auf gewisse Erfahrungen bei der Reichspräsidentenwahl einer Wiedervereinigung der Bayerischen Volkspartei mit dem Zentrum das Wort reden, während andere, nicht einflußlose Kreise ein ganz anderes Ziel im Auge haben, nämlich die Gründung einer programmatisch katholischen Partei — was der frühere Zentrumsführer Roeren bekanntlich auch aus seiner Partei machen wollte —, für diesen Zweck aber nun die Bayerische Volkspartei innerlich ummodeln wollen, weil diese sich in scharfem Gegensatz zur Zentrumspartei befindet. Welch eine Gefahr in derartigen Plänen liegt, braucht angesichts des tiefen, bei der Reichspräsidentenwahl wieder in Erscheinung getretenen konfessionellen Gegensatzes erst gar nicht betont zu werden; im übrigen läßt sich vom konfessionellen Gesichtspunkt aus eine eindeutige Politik gar nicht treiben. Es werden hier Ausgangspunkte für das Parteileben eingeschaltet, die diesem wesensfremd sind. Eine Abweichung von den Grundlagen des deutschen Parteilebens bedeutet auch das Entstehen der Wirtschaftspartei, die sich zwar in bestimmten wirtschaftspolitischen Fragen wohl einig ist, — aber nicht alle Fragen der Politik sind wirtschaftspolitische, und so erklärt sich einerseits die Tatsache, daß die Wirtschaftspartei über eine verhältnismäßig geringe Zahl von Abgeordneten verfügt, aber auch jene andere Erscheinung, daß die Wirtschaftspartei bei der Frage der Reichspräsidentenwahl nach verschiedenen Richtungen auseinanderstrebte. Und doch sind gerade in dieser Partei große Teile des liberalen Bürgertums parlamentarisch vertreten, entbehren aber gerade darum einer Geltendmachung ihrer großen kulturellen Kräfte. Der Platz, wohin parlamentarisch eine politische Vertretung dieses liberalen Bürgertums gehörte, nämlich die Mitte, ist von einer Partei besetzt, die wesentlich anders konstruiert ist. An dieser Tatsache scheitern aber auch vielleicht jene Bestrebungen, die in dem Auseinanderfallen unseres Volkes nach rechts und nach links — wie es in England früher war — eine schwere Gefahr erblicken. Dieses Auseinanderfallen ist aber schon zur Tatsache geworden, nicht nur bei dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl, sondern praktisch seit den Reichstagswahlen vom 4. Mai vorigen Jahres.

Gewiß wird es viele geben, die in dem Streben nach Schaffung einer großen Mitte, die keineswegs parlamentarisch mit der Großen Koalition übereinzustimmen braucht, die Verhinderung einer derartigen Entwicklung des Auseinanderfallens erblicken und wünschen. Es fragt sich nur, ob eine solche Verhinderung überhaupt noch möglich ist. Und zum zweiten fragt es sich, ob sie wünschenswert ist. Wenn Rechts und Links wie in England von denselben Voraussetzungen ausgehen, nämlich der Bejahung des Staates wie er ist, so ist diese Entwicklung zum mindesten nicht gefährlich. Einen Vorteil bedeutet sie aber auf alle Fälle, weil dadurch jene Splitter und Splitterchen aus dem politisch-parlamentarischen Leben beseitigt werden, die letzten Endes doch nur eins verursachen: daß der deutsche Bürger und der deutsche Wähler sich um eine klare und unzweideutige Entscheidung in politischen Fragen herumdrücken können.

Reichsaußenminister Stresemann zur politischen Lage.

Deutscher Reichstag.

(62. Sitzung.) CB. Berlin, 18. Mai.

Präsident Löbe gedachte zuerst des Grubenunglücks bei Dorstfeld. Während sich die Abgeordneten von den Sitzen erhoben, sprach der Präsident den Hinterbliebenen der Opfer die Teilnahme des Reichstages aus. Er richtete darauf erneut an die Aufsichtsbehörden die dringende Mahnung, durch geeignete Maßnahmen der Wiederholung solcher Ereignisse vorzubeugen.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) beantragte die sofortige Beratung einer kommunistischen Interpellation und eines Antrages auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Ursachen der letzten Grubenkatastrophen. Präsident Löbe erklärte, die kommunistische und eine in gleicher Richtung gehende sozialdemokratische Interpellation könnte nach der Geschäftsordnung heute nicht beraten werden, dagegen der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, wenn kein Widerspruch erhoben würde. Abg. Winnefeld (D. Vp.) erhob darauf Widerspruch.

Der Haushalt des Auswärtigen Amts kam nun zur zweiten Beratung. In Verbindung damit stehen Interpellationen der Kommunisten über die Stellungnahme der Reichsregierung zu der durch die Wahl Hindenburgs geschaffenen politischen Lage, zur Sicherungsfrage und zur Verewigung der Grenzen des Versailler Vertrages, ferner eine Interpellation der Sozialdemokraten über die Innenpolitik und eine Interpellation des Zentrums über die Lage im besetzten Gebiet, über die vertragliche Räumung und über die Sicherheitsfrage.

Abg. Dr. Hoetzsch (Dtn.) erstattete den Ausschußbericht. Der Ausschuß verlangt in einer Entschließung eine stärkere Verbindung der Reichszentrale für Heimatdienste mit der Reichspressestelle. In einer weiteren Entschließung werden neue konsularische Vertretungen in Saratow, Singapore und Czernowitz verlangt.

Es folgten die Ausschußberichte und die mit diesem Haushalt verbundenen Etats des Reichsaußenministeriums, des Reichskanzlers, der Reichskanzlei und des Reichspräsidenten. Dann begann

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

seine Rede. Er ging zunächst auf die Personalverhältnisse ein und teilte mit, daß in der letzten Zeit nicht weniger als 26 % der Beamten in der Zentrale abgebaut worden seien. In den Auslandsvertretungen aber soll entsprechend den Eingaben vieler Wirtschaftsverbände der Abbau nicht zu weit getrieben werden. Neue Konsulate seien notwendig, dabei dürfe keine falsche Sparsamkeit getrieben werden. Der Minister schilderte sodann die Lage der Auslandsdeutschen und der deutschen Minderheiten in anderen Ländern. Auf den Auslandsdeutschen laste noch immer vielfach der Bann der Kriegsmethoden. Wenn das Ausland von Deutschland unerhörte Reparationsleistungen verlange, so müsse auch dem deutschen Kaufmann im Auslande die frühere Bewegungsfreiheit gegeben werden. Den deutschen Minderheiten in anderen Ländern gelte unsere Sympathie im Kampfe um ihre nationale Selbstbehauptung. Wir hoffen, so meinte der Minister, daß das Beispiel Estlands Nachahmung finden werde, wo der deutschen Minderheit die kulturelle Autonomie eingeräumt worden sei. Die Beziehungen Deutschlands zu den fremden Mächten seien entscheidend beeinflußt worden durch die Annahme des

Dawes-Gutachtens.

Auch die früheren Gegner dieses Abkommens würden jetzt anerkennen, daß ohne dieses Abkommen die wirtschaftliche Wiedergesundung Deutschlands kaum möglich gewesen wäre. Deutschland habe bisher das Abkommen dem Geiste und dem Buchstaben nach ausgeführt. Die deutschen Zahlungen hätten nichts mit Gerechtigkeit und Schuld zu tun. Sie seien Deutschland von der Übermacht der Sieger auferlegt worden.

Aber Deutschland werde seine Verpflichtungen erfüllen, und er, der Minister, könne sich keine parlamentarische oder Regierungskoalition vorstellen, unter der es anders sein könnte. Es bestehe kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß die von Frankreich beim Abschluß des Dawes-Abkommens eingegangenen Verpflichtungen in der Frage der Ruhrräumung eingehalten würden.

Der Minister ging sodann auf die Beziehungen zu den verschiedenen fremden Mächten ein und hob unter dem Beifall der Mehrheit die neuen Beweise der alten Freundschaft zwischen Deutschland und Mexiko hervor.

Rußland sei nach wie vor der maßgebende Faktor für die deutschen Beziehungen zum Osten. Man dürfe aber von Rußland Verständnis dafür erwarten, daß Deutschland bei der Regelung seiner Angelegenheiten mit anderen Staaten keineswegs eine bestimmte Orientierung nach Westen oder Osten beabsichtige.

Deutschland müsse seine Interessen gegenüber dem Westen und Osten ausgleichen. Dieser Ausgleich dürfe niemals eine Form annehmen, die eine fruchtbare Gestaltung des deutsch-russischen Verhältnisses beeinträchtige. Die deutsche Regierung bemühe sich weiter, ihre Beziehungen zu Österreich innerhalb der verträglich gezogenen Grenzen so eng wie möglich zu gestalten. Sie bedaure, daß die österreichische Regierung aus fiskalischen Gründen die von ihr angeregte gegenseitige Anregung der Aufhebung der Paßvisa nicht gewähre. Die Beziehungen zum Vatikan wolle man möglichst eng gestalten. Die deutsche Regierung verkenne nicht, welch großes Verständnis der Heilige Vater dem deutschen Geist und den deutschen Nöten entgegengebracht hat. Bei der

Erörterung der Handelsvertragsverhandlungen

richtete der Minister an den Reichstag die dringende Aufforderung, die Zollvorlage ohne Verzögerung zu verabschieden, weil sonst der Abschluß wichtiger Verträge gefährdet werden könnte. Bei den Verhandlungen müsse überall der Grundsatz der Gleichberechtigung und gegenseitigen Meistbegünstigung gelten. Dazu erklärte Dr. Stresemann weiter, wir haben heute alle Veranlassung, der im Auslande bestehenden übertriebenen optimistischen Beurteilung der deutschen Wirtschaftskraft entgegenzutreten. Bei der Entscheidung über den spanischen Handelsvertrag dürfe man nicht von Einzelfragen ausgehen. Nur durch die Annahme des Vertrages in seiner Gesamtheit könne auf einen absehbaren, aber für den deutschen Weinbau entscheidenden Zeitraum eine Verbesserung der jetzt durch den Vertrag geschaffenen Lage erreicht werden. Eine aktive Zusammenarbeit der

deutschen und der französischen Industrie

werde die dauernde Befriedung des Verhältnisses zwischen beiden Ländern wesentlich fördern.

Die deutsche Reichsregierung sei entschlossen, die Bestrebungen zu einer solchen Zusammenarbeit in weitestgehender Weise zu fördern. Japan habe ein Einfuhrverbot für Farben erlassen, das sich einseitig gegen Deutschland richtet. Deutschland habe mitgeteilt, daß vor der Aufhebung dieses Verbots auf erfolgreiche Handelsvertragsverhandlungen nicht zu rechnen sei. Die Verhandlungen mit Polen gestalteten sich leider recht schwierig.

Die nördliche Rheinlandzone

sei am 10. Januar nicht geräumt worden. Dieses Unrecht bringe Deutschland täglich und stündlich zum Bewußtsein, daß es sich noch immer im Zustand der Abwehr gegen die Geisteseinstellung und die Methode der Kriegszeit befinde. Solange diese Einstellung und diese Methode fortdauerten, sei an eine Gesundung der europäischen Verhältnisse nicht zu denken. Jetzt endlich stehe der Eingang der Note bevor, worin die alliierten Regierungen Deutschland für die Nichträumung die Gründe mitteilen wollten, zu deren Formulierung man mehr als fünf Monate gebraucht habe.

Riesenwaldbrand in Pommern.

Altdamm, 19. Mai. Um die Mittagszeit brach im Friedrichswalder Forst im südlichen Teil des Kreises Naugard ein Waldbrand aus, der sich infolge des starken Windes mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete. Nachmittags 5 Uhr hatten die Flammen bereits die Nähe des Dorfes Hornsgrub an der Strecke Altdamm—Gollnow erreicht, wo man infolge der drohenden Gefahr daran ging, die Häuser zu räumen. Inzwischen sind Militärkommandos aus Altdamm, Stettin und Stargard eingetroffen, die im Verein mit den Feuerwehren und Hilfsmannschaften der umliegenden Orte des Feuers Herr zu werden versuchen. Leider ist der Erfolg dieses Beginnens infolge der riesigen Ausdehnung des Feuers und bei dem ungeheurem Umfang des Waldbestands sehr in Frage gestellt. Eine weitere Meldung besagt: In Gefahr sind auch die bereits geschlagenen, viele Hunderttausend Mark Wert darstellenden Hölzer, die aus dem Raupenfraßgebiet stammen. Das Feuer hat schon die Chaussee Altdamm—Gollnow erreicht und bei Arnimswald bereits auf den Waldbestand westlich dieser Chaussee übergegriffen. Die Chaussee ist für den Verkehr gesperrt. Dies dürfte der größte Waldbrand sein, der in Deutschland in den letzten Jahren gewütet hat.

Steuermilderungen.

Keine Vorauszahlungen am 10. Juni.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde nach ausführlicher Debatte ein Antrag angenommen, worin der Ausschuß seine Meinung dahin ausspricht, daß mit Rücksicht auf die Bestimmungen des § 30 des Überleitungsgesetzes von einer Einziehung der Vorauszahlung auf Einkommen- und Körperschaftssteuer am 10. Juni abgesehen wird, so daß die nächste Vorauszahlung — mit der Möglichkeit einer Korrektur auf Grund der Zwischenbilanz — erst am 10. Juli, alsdann natürlich für zwei Monate, zu leisten ist.

Ein Antrag des Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.), die Ermäßigung der Vorauszahlungen für Landwirtschaft und Gewerbe (II. Steuernotverordnung v. 10. 11. 1924) von einem Viertel auf ein Drittel zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Bei § 32 der Regierungsvorlage, der für Kleinge-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF